

Straßenrecht

Systematische Darstellung des Rechts der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Bundesrepublik Deutschland
und in den deutschen Ländern

von

Dr. Kurt Kodal, Siegfried Rinke, Helmut Krämer, Dr. Manfred Aust, Konrad Bauer, Dr. Hansjochen Dürr, Anke Leue,
Dr. phil. Franz-Rudolf Herber, Christian Springe, Ulrich Stahlhut, Tatjana Tegtbauer

7., vollständig überarbeitete Auflage

[Straßenrecht – Kodal / Rinke / Krämer / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Straßenrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](#)

ISBN 978 3 406 52567 4

beck-shop.de

Kodal
Straßenrecht

beck-shop.de

Straßenrecht

Systematische Darstellung des Rechts der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Bundesrepublik Deutschland und in den deutschen Ländern

begründet von

Ministerialdirigent Dr. jur. Kurt Kodal †
vormals Bundesministerium für Verkehr

7., vollständig überarbeitete Auflage
bearbeitet von

Ltd. Landesverwaltungsdirektor a.D.
Dr. jur. Manfred Aust
vormals Landschaftsverband Rheinland

Abteilungspräsident a.D. *Konrad Bauer*
vormals Bundesanstalt für Straßenwesen

Präsident des Verwaltungsgerichts a.D.
Dr. jur. Hansjochen Dürr
vormals Verwaltungsgericht Karlsruhe

Akademischer Direktor
Dr. phil. Ass. jur. Franz-Rudolf Herber
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Regierungsdirektorin *Anke Leue*
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Ministerialrat *Siegfried Rinke*
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Regierungsdirektor *Christian Springer*
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Regierungsdirektor *Ulrich Stahlhut*
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Regierungsdirektorin *Tatjana Tegtbauer*
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung



Verlag C.H. Beck München 2010

Es haben bearbeitet:

Manfred Aust	Kapitel 29–31, 39, 40
Konrad Bauer	Kapitel 41, 43, 44
Hansjochen Dürr	Kapitel 36–38
Franz-Rudolf Herber	Kapitel 2–12, 42
Anke Leue	Kapitel 32, 34, 35
Siegfried Rinke	Kapitel 1, 18
Christian Springer	Kapitel 33
Ulrich Stahlhut	Kapitel 19–28
Tatjana Tegtbauer	Kapitel 13–17

Verlag C.H.Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 52567 4

© 2010 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: ottomedien, Birkenweg 12, 64295 Darmstadt

Druck: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur siebten Auflage

Der Straßenbausektor hat in der deutschen Nachkriegsgeschichte und in der Folge beim Vollzug der deutschen Wiedervereinigung einen sehr wichtigen Beitrag zu einer hervorragenden Infrastruktur in Bund, Ländern und Gemeinden geleistet; hierfür wirken an der Schnittstelle von Recht und Technik Juristinnen/Juristen und Ingenieurinnen/Ingenieure verdienstvoll zusammen.

Der KODAL hat das Straßenrecht über Jahrzehnte begleitet und wird nunmehr im Jahre 2010 in seiner siebten Auflage vorgelegt, die auch in ihrer Neuarbeitung gerade die Schnittstellen mit der Technik deutlich macht. Das Straßenrecht hat auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts wichtige Fortentwicklungen erfahren und hat an Bedeutung gewonnen; der verfassungsrechtlich geprägte Begriff vom „Vorbehalt des Straßenrechts“ sei hier exemplarisch erwähnt.

Das Fernstraßenausbaugesetz bietet die Grundlage dafür, dass für den Fernstraßenbau grundsätzlich Planungssicherheit gegeben ist. Aus der Sicht des Straßenbaus und des Straßenrechts darf gehofft werden, dass weder die sog. Schuldenbremse, die durch die Föderalismusreform II in 2009 in das Grundgesetz aufgenommen worden ist, noch die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik in 2010 zur Stabilisierung des Euro auf sich genommen hat, eine Kürzung des Fernstraßenetats nach sich ziehen werden.

Die Bundesauftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen setzt ein nachhaltiges und vertrauensvolles Zusammenwirken von Bund und Ländern voraus, was in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland seit ehedem der Fall ist und beispielsweise durch die einvernehmlich erarbeiteten „Allgemeine Rundschreiben Straßenrecht“ eindrucksvoll belegt ist. Es besteht eine Konsensverwaltung; daran ändert auch die Thematik nichts, dass in der Frage der richtigen Einstufung von bestimmten Bundesfernstraßen – insbesondere der sog. autobahnparrallelen Bundesstraßen – unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. 7. 2000 hat den seinerzeit anhängigen Bund-Länder-Streit bezogen auf das Weisungsrecht des Bundes zur Abstufung einer autbahnparrallelen Bundesstraße entschieden. Der Verfassungsstreit selbst hat aber keine Klärung hinsichtlich der einfachgesetzlichen Einstufung von Bundesstraßen gebracht. In der Folge ist eine Diskussion über die Fernverkehrsfunktion von Bundesstraßen entstanden, die sich bis in die Föderalismusreform II in 2009 fortgesetzt hat. Bund und Länder haben sich vorgenommen, diese Thematik einer Lösung zuzuführen. Ein nicht gerade unwichtiges Ergebnis dieses Prozesses ist, dass das Straßenrecht erheblich an Bedeutung gewonnen hat und zu einer Lösung in diesem Bereich maßgeblich beitragen kann.

Wichtige neue europarechtliche Entwicklungen haben das Straßenrecht – auch – am Beginn des 21. Jahrhunderts sehr stark geprägt, was Grund genug

ist, diesem Bereich in der neuen Auflage des vorliegenden Handbuches ein eigenes Kapitel „Europäisches Straßenrecht“ zu widmen:

– Der Lissabon-Prozess zielt auf eine Verfassung für die Europäische Union ab. Der Vertrag von Lissabon hat auch für den Verkehrssektor große Bedeutung. Es wird mit Spannung zu sehen sein, welche Prüfungsmaßstäbe das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf seine viel beachtete Entscheidung zum Vertrag von Lissabon künftig anlegen wird, wenn es um die Souveränität des Nationalstaates und die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger geht.

– Die Europäische Union zeigt sich weiterhin als „Antreiber“ einer Umweltpolitik, welche einerseits Ökonomie und technische Fortentwicklung nicht „ausbremsen“ will, andererseits die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig schützen will. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein herausragend wichtiges Gut, dessen Bedeutung durch die Straßenbauverwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen tatkräftig gewürdigt ist.

– Die Vogelschutzrichtlinie und die FFH-Richtlinie haben für die Einrichtung von Schutzgebieten gesorgt. Die UVP-Richtlinie, die Plan-UP-Richtlinie, die Umweltinformationsrichtlinie und insbesondere die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie sorgen dafür, dass die Planung von Infrastrukturvorhaben noch transparenter erfolgt: Bürgerinnen und Bürger sowie Naturschutzverbände sollen schon im Vorfeld von Genehmigungentscheidungen informiert sein und sich – notfalls – bestimmte Informationen erklagen können.

– Die Europäische Union ist in einem weiteren Sektor des Straßenbaubereichs auf dem Weg dahin, den Umweltaspekt noch stärker zu betonen: Nach dem Richtlinienrecht zur Mauterhebung sollen Umweltkosten künftig in der Kostenberechnung berücksichtigt werden dürfen.

Das neue Kapitel „Belange des Umweltschutzes bei der Planung von Straßen“ trägt der unentwegt wachsenden Bedeutung des Umweltrechtes Rechnung und widmet sich exakt der Schnittstelle, die für einen umweltverträglichen Straßenbau und die Bewältigung der Umweltbelange in der Straßenplanung zentral ist. Das Planungsrecht selbst, das als „Herzstück“ des Straßenrechts gilt, hat sich weiter fortentwickelt und folgt der Tendenz zur Planungsvereinfachung und Planungsbeschleunigung, die sich seit der Wiedervereinigung konsequent durchgesetzt hat.

Nach dem außergewöhnlich harten Winter 2009/2010 ist der Straßenbausektor und das Straßenrecht auch im Hinblick auf die Winterschäden unter dem Aspekt der Straßenverkehrssicherungspflicht in den Fokus eines allgemeinen Interesses geraten. Das neu zusammengestellte Kapitel „Straßenverkehrssicherungspflicht und Staatshaftung“ will die reichhaltige Kasuistik aus der Rechtsprechung aufbereiten und praxisnah gleichsam zum Nachblättern an die Hand geben. Hier ergeben sich auch wichtige Schnittstellen zum Straßenverkehrsrecht und zu dem überragend wichtigen Gut der „road safety“.

Das Bundesfernstraßenrecht und die Landesstraßenrechte zeigen funktionsbedingte Unterschiede auf, was jedoch nichts daran zu ändern vermag, dass es einen Kernbestand von straßenrechtlichen Rechtsinstituten des Be-

standsrechtes (Einstufung/Widmung/Einziehung) und auch von straßenrechtlichen Nutzungsarten (Gemeingebräuch/Sondernutzung/Anliegergebräuch) gibt, in denen *summa summarum* jeweils weitgehende Rechtseinheit besteht. Das gilt erfreulicherweise auch für einen Vergleich unter den Landesstraßenrechten, was auch deutlich macht, dass im Straßenrecht mit den Möglichkeiten, die das föderale System bietet, ausgesprochen verantwortlich umgegangen wird.

Das Straßenrecht ist – wie andere Gebiete auch – Gegenstand von Privatisierungsüberlegungen. In diesem Zusammenhang ist entscheidender Maßstab, ob es Bereiche gibt, die Private für den Staat und für Selbstverwaltungskörperschaften kostengünstig, effizient und verantwortlich übernehmen können. Hier bleibt die weitere Entwicklung in Bund, Ländern und Kommunen abzuwarten. In jedem Fall steht fest, dass das Straßenrecht auch zur Bewältigung dieses Bereiches sehr maßgeblich beitragen kann.

Abschließend dürfen wir zwei Anliegen hervorheben, die uns besonders wichtig sind:

- Die Autorinnen und Autoren bleiben Herrn Ministerialrat a.D. Helmut Krämer, dem das vorliegende Werk sehr viel verdankt, in Dankbarkeit verbunden.
- Ihnen – den Leserinnen und Lesern unseres Werkes – wünschen wir viel Freude und Vergnügen mit dem Straßenrecht.

Im Herbst 2010

Die Autorinnen und Autoren

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Das Rechtsgebiet Straßenrecht

– Begriff, Rechtsquellen und Abgrenzung zu verwandten Rechtsgebieten –

Kapitel 1	Straßenrecht (<i>Rinke</i>)	13
Kapitel 2	Rechtsquellen und Strukturen des deutschen Straßenrechts (<i>Herber</i>)	27
Kapitel 3	Europäisches Straßenrecht (<i>Herber</i>)	108
Kapitel 4	Abgrenzung des Straßenrechts zu verwandten Rechtsgebieten (<i>Herber</i>)	182

Zweiter Teil

Die Straße

Kapitel 5	Öffentliche Straßen und Privatstraßen (<i>Herber</i>)	211
Kapitel 6	Die öffentliche Straße als öffentliche Sache – öffentliche Sachherrschaft und private Sachherrschaft (<i>Herber</i>)	242
Kapitel 7	Die Bestandteile der Straße (<i>Herber</i>)	266
Kapitel 8	Widmung (<i>Herber</i>)	297
Kapitel 9	Einteilung und Einstufung der öffentlichen Straßen (<i>Herber</i>)	333
Kapitel 10	Umstufung (<i>Herber</i>)	375
Kapitel 11	Einziehung (<i>Herber</i>)	404
Kapitel 12	Straßenverzeichnisse, Straßenstatistik, Straßennamen und Straßennummern (<i>Herber</i>)	441

Dritter Teil

Straßenbaulast und Straßenaufsicht

Kapitel 13	Straßenbaulast (<i>Tegtbauer</i>)	475
Kapitel 14	Die gesetzlichen Träger der Straßenbaulast (<i>Tegtbauer</i>)	497
Kapitel 15	Straßenbaulast Dritter (<i>Tegtbauer</i>)	520
Kapitel 16	Lastenausgleich zwischen Baulastträgern; Ausgleichsansprüche gegen Dritte (<i>Tegtbauer</i>)	531
Kapitel 17	Die Mittel zur Erfüllung der Straßenbaulast (<i>Tegtbauer</i>)	550
Kapitel 18	Straßenaufsicht (<i>Rinke</i>)	583

Vierter Teil

Verkehrswegekreuzungen und ähnliche

Gemeinschaftsverhältnisse

Kapitel 19	Zur Rechtssituation der Verkehrswegekreuzungen (<i>Stahlhut</i>)	594
Kapitel 20	Straßenkreuzungen und -eimündungen (<i>Stahlhut</i>)	617
Kapitel 21	Eisenbahnkreuzungen (<i>Stahlhut</i>)	635
Kapitel 22	Kreuzungen mit Bundeswasserstraßen (<i>Stahlhut</i>)	679

Kapitel 23 Gewässerkreuzungen (<i>Stahlhut</i>)	689
Kapitel 24 Gemeinschaftsstrecken (Umleitungen) (<i>Stahlhut</i>)	695

Fünfter Teil**Der Straßengebrauch**

Kapitel 25 Der schlichte Gemeingebräuch (<i>Stahlhut</i>)	714
Kapitel 26 Der „gesteigerte Gemeingebräuch“ der Anlieger (<i>Stahlhut</i>)	783
Kapitel 27 Der Sondergebrauch nach Straßenrecht (<i>Stahlhut</i>)	829
Kapitel 28 Der Straßensondergebrauch auf außerwegerechtlicher Grundlage (<i>Stahlhut</i>)	858

Sechster Teil**Eigentumsbeschränkungen des öffentlichen Straßennachbarrechts**

Kapitel 29 Anbau an Verkehrsstraßen (<i>Aust</i>)	936
Kapitel 30 Außenwerbung auf den Nachbargrundstücken (<i>Aust</i>)	979
Kapitel 31 Besondere Pflichten der Straßennachbarn (<i>Aust</i>)	989

Siebenter Teil**Straßenplanung**

Kapitel 32 Einführung: Die Straßenplanung im System der öffentlichen Planungen (<i>Leue</i>)	1007
Kapitel 33 Belange des Umweltschutzes bei der Planung von Straßen (<i>Springe</i>)	1027
Kapitel 34 Rahmenplanung für das überörtliche Straßennetz (<i>Leue</i>)	1098
Kapitel 35 Vorbereitende überörtliche Straßenplanung (<i>Leue</i>)	1130
Kapitel 36 Verbindliche überörtliche Straßenplanung – Die Planfeststellung (<i>Dürr</i>)	1162
Kapitel 37 Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren (<i>Dürr</i>)	1280
Kapitel 38 Örtliche Straßenplanung (<i>Dürr</i>)	1351

Achter Teil**Grunderwerb, Bau und Unterhaltung,****Betrieb und Verkehr**

Kapitel 39 Enteignung, vorzeitige Besitzteinweisung, Vorarbeiten, Inhaltsbestimmungen (<i>Aust</i>)	1382
Kapitel 40 Flurbereinigung, Umlegung (<i>Aust</i>)	1406
Kapitel 41 Bau, Unterhaltung, Verkehr (<i>Bauer</i>)	1417
Kapitel 42 Straßenverkehrssicherungspflicht und Staatshaftung (<i>Herber</i>)	1469
Kapitel 43 Straßenreinigung und -beleuchtung; sonstige Betriebs- und Hilfsdienste (<i>Bauer</i>)	1581
Kapitel 44 Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (<i>Bauer</i>)	1625

Anhang

I.	Bundesfernstraßengesetz	1653
II.	Verzeichnis der Straßen- und Wegegesetze der Länder	1679
III.	Vergleichende Übersicht über die Straßen- und Wegegesetze der Länder	1681
IV.	Verzeichnis der veröffentlichten, gültigen Rundschreiben der Abteilung Straßenbau des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und stadtentwicklung	1693
	Sachverzeichnis	1697

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XLIII
Schrifttum	LI

Erster Teil**Das Rechtsgebiet Straßenrecht****– Begriff, Rechtsquellen und Abgrenzung
zu verwandten Rechtsgebieten –**

Schrifttum	1
------------------	---

Kapitel 1 Straßenrecht (Rinke)

1. Begriff	13
2. Entwicklung	15
3. Grundzüge	21
4. Kritik der Entwicklung	24

**Kapitel 2 Rechtsquellen und Strukturen des deutschen
Straßenrechts (Herber)**

A. Verfassungsrecht	31
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	31
1. Überblick	31
2. Staatszielsetzende Verfassungsgrundsätze	32
3. Grundrechte	40
II. Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen für das Straßenwesen	43
1. Systematik der konkurrierenden Gesetzgebung im Verhältnis zwischen Bund und Ländern	43
2. Föderalismusreform I und die sog. Erforderlichkeits- klausel für die konkurrierende Gesetzgebung	43
3. Abgrenzung des Straßenwesens zu anderen Verkehrs- bereichen	45
4. Konkordantes Verfassungsverständnis zwischen Art. 74 Abs. 1 Nr. 22 GG und Art. 90 Abs. 2 GG	45
5. Die Begriffe „Bau“ und „Unterhaltung“ beziehen sich auf das gesamte materielle Fernstraßenrecht	47
III. Aufteilung der Straßenbauaufgaben zwischen Bund und Ländern	47
1. Art. 90 Abs. 1 GG und die Zuweisung von Straßenbau- aufgaben an den Bund	47
2. Straßenbauaufgaben des Bundes zur Schaffung und Erhaltung des Fernstraßennetzes	48
3. Sachkompetenz des Bundes und Wahrnehmungs- kompetenz der Länder	49

4. Straßenbauaufgaben der Länder im Übrigen	50
IV. Bundesauftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen	50
1. Regelungssystematik des Grundgesetzes	50
2. Bundesauftragsverwaltung durch die Länder	50
3. Bundesauftragsverwaltung der nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften	71
4. Bundes eigene Verwaltung der Bundesfernstraßen	73
5. Reformvorschläge zur Abschaffung respektive Modifizierung der Bundesauftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen	75
V. Aufteilung der Straßenbauaufgaben zwischen Staat und kommunaler Selbstverwaltung	82
1. Selbstverwaltungsgarantie und kommunale Daseins- vorsorge	82
2. Straßenbauaufgaben der Gemeinden	83
3. Straßenbauaufgaben der Kreise	88
4. Straßenbauaufgaben der Länder	88
B. Einfaches Recht	89
VI. Bundesfernstraßenrecht	89
1. Neuordnung des Fernstraßenrechts	89
2. Nebengesetze mit Auswirkungen auf das Bundesfern- straßenrecht	92
VII. Landesstraßenrecht	95
1. Anstoßwirkung der Bundesfernstraßengesetzgebung für die Landesstraßengesetzgebung	95
2. Musterentwurf für die Landesstraßengesetze	95
3. Harmonisierung des Staatshaftungsrechts im Bereich der Straßenverkehrssicherungspflicht	95
VIII. Rechtsverordnungen	95
1. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen	95
2. Gegenstände der Rechtsverordnungen	96
IX. Örtliche Vorschriften	100
X. Gewohnheitsrecht	100
1. Rechtscharakter und Rechtsgeltung	100
2. Gewohnheitsrecht und Widmung	101
3. Gewohnheitsrecht und Gemeingebrauch	103
4. Gewohnheitsrecht und Überwegrechte	103
XI. Annex zu B: Völkerrechtliche Verträge im Straßenwesen, die in innerstaatliches Recht umgesetzt sind	103
1. Überblick zu den Gegenständen völkerrechtlicher Vereinbarungen im Straßenwesen	103
2. Innerstaatliche Verbandskompetenz	103
3. Form der Vereinbarung: Staatsvertrag oder Regierungs- abkommen?	104
4. Grenzbrückenverträge als Beispiel für bilaterale völker- rechtliche Verträge	104
5. Multilaterale Verträge	123

Kapitel 3 Europäisches Straßenrecht (Herber)

I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	111
1.	Eine neue Verfassung für Europa	111
2.	Die europarechtlichen Rechtsquellen	116
3.	Europäisches Straßenrecht	121
II.	Föderalismusreform I und Europarecht	121
1.	Föderalismusreform vor europarechtlichem Hintergrund	121
2.	Abweichungsgesetzgebung der Länder	122
3.	Bundesnaturschutzgesetz 2010 und abweichungsfeste Kernbereiche	123
4.	Europarechtliche Schranken für die Wahrnehmung der Abweichungsgesetzgebung	126
III.	Transeuropäisches Straßennetz und „road pricing“	126
1.	Die Vorgaben aus Art. 170–172 AEUV für das transeuropäische Straßennetz	126
2.	Finanzierung von Projekten zur Verbesserung des transeuropäischen Straßennetzes	129
3.	Eurovignetten-Richtlinie	130
4.	Richtlinie zur Interoperabilität elektronischer Mautsysteme	136
IV.	Europarechtlich verankerte Stärkung der Beteiligung der Öffentlichkeit in bestimmten Verfahren mit Umwelt- auswirkungen	137
1.	Umweltinformationsrichtlinie	137
2.	Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie	140
V.	Europäischer Immissionsschutz	144
1.	UVP-Richtlinie	144
2.	Plan-UP-Richtlinie	147
3.	Umwelt-Audit-Verordnung	153
4.	Umgebungslärm-Richtlinie	154
5.	Luftqualitätsrichtlinien	155
6.	Emissionsabgabe für Fahrzeughersteller	160
VI.	Europäischer Natur- und Artenschutz	161
1.	Natura 2000	161
2.	Vogelschutz-Richtlinie	162
3.	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie	166
VII.	Europäisches Vergaberecht	174
1.	Vergabekoordinierungsrichtlinie und Sektoren- koordinierungsrichtlinie reformieren das europäische Vergaberecht	174
2.	Rechtsmittelrichtlinie stärkt subjektiv einklagbare Rechte der Bieter im Nachprüfungsverfahren	176
3.	Gemeinsames – europäisches – Vokabular für öffentliche Aufträge	177
4.	Zur europarechtlichen Bedeutung der Schwellenwerte	177
5.	Europarechtlich verankertes Transparenzgebot als zentrales Vergabeprinzip	178

6. Das europäische Vergaberecht fordert die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien ein	179
7. Europäisches Vergaberecht und Institutionalisierte Öffentlich-Private Partnerschaften (IÖPP)	180
8. Europäisches Vergaberecht im Verkehrssektor im Übrigen	181

Kapitel 4 Abgrenzung des Straßenrechts zu verwandten**Rechtsgebieten (Herber)**

I. Notwendigkeit der Abgrenzung zu verwandten Rechtsgebieten	183
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	183
2. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen	184
3. Exterritoriale Bereiche und Bundesfernstraßen	185
II. Abgrenzung zum Straßenverkehrsrecht	186
1. Straßenverkehrsrecht und Straßenrecht	186
2. Vorbehalt des Straßenrechts gegenüber dem Straßenverkehrsrecht	187
3. Vorrang des Straßenverkehrsrechts vor dem Landesstraßenrecht nach Art. 31 GG	188
4. Straßenverkehrsrecht und Bundesfernstraßenrecht	189
5. Zuordnung der wichtigsten Fallgruppen	189
6. Vorschriftswidriges Verhalten von Kraftfahrzeugführern	196
7. Zusammenlegung von Straßenbauverwaltung und Straßenverkehrsverwaltung	197
8. Kommunen und Straßenverkehrsrecht	197
III. Abgrenzung zum Kraftfahrtzeugwesen	197
IV. Das Sachgebiet Gebühren für die Benutzung öffentlicher Straßen mit Fahrzeugen	197
1. 22. ÄndG zum GG	197
2. Länderkompetenzen	198
3. Gebühren an Parkzeitüberwachungseinrichtungen	198
4. Mauterhebung	198
5. Ballungsabgaben	199
6. Verteilung von Gebühren	199
V. Straßenverkehrssicherungspflicht	199
VI. Verkehrswegekreuzungen	200
1. Doppelfunktion der Wegekreuzungen	200
2. Zuordnung kreuzungsrechtlicher Normen zu den Gesetzesmaterien	200
3. Kreuzungen von Straßen nach Landesrecht	202
4. Kreuzungen von Bundesfernstraßen mit den dem allgemeinen Verkehr dienenden Bundeswasserstraßen	203
5. Kreuzungen von Straßen nach Landesrecht mit Landeswasserstraßen	203
6. Zuordnung der Kostenregelung	203

**Zweiter Teil
Die Straße**

Schrifttum	205
Kapitel 5 Öffentliche Straßen und Privatstraßen (Herber)	
I. Begrifflichkeiten	212
1. Etymologie des Begriffs Straße	212
2. Die Komposita des Begriffs „Straße“	212
3. Die Junkturen „öffentliche Straße“ und „öffentlicher Verkehr“	213
II. Öffentliche Straßen im Sinne des Straßenrechts	213
1. Begrifflichkeit	213
2. Die Bedeutung der Widmung für die Öffentlichkeit von Straßen	214
3. Bereinigung des Bestandes	217
4. Rechtsschutz	218
III. Privatstraßen	219
1. Begrifflichkeit	219
2. Keine öffentliche Zweckbestimmung von Privatstraßen	219
3. Befugnisse der Eigentümer von Privatstraßen	221
4. Pflichten der Eigentümer von Privatstraßen gegenüber der Öffentlichkeit	222
5. Übernahme von Privatstraßen in das öffentliche Verkehrsnetz	222
6. Versuch der Klassifizierung von Privatstraßen	223
IV. Tatsächlich öffentliche Straßen im Sinne des Straßenverkehrsrechts	224
1. Aufgabe des Straßenverkehrsrechts	224
2. Rechtscharakter der tatsächlich-öffentlichen Straßen	224
3. Straßenaufsicht und tatsächlich-öffentliche Straßen	225
4. Widerrufsrecht bezogen auf die tatsächliche Öffentlichkeit von Straßen	226
5. Straßenrechtliche Duldung zur Aufnahme von umgeleiteten öffentlichen Verkehr	226
6. Rechtsschutz	226
V. Straßeneinrichtungen mit öffentlicher Zweckbestimmung außerhalb des Straßenwesens	227
1. Abgrenzung zu den öffentlichen Straßen	227
2. Bestandswechsel	227
3. Eisenbahnwege	228
4. Wege im Gewässerbereich	231
5. Sonstige Wege	235
VI. Annex zu Kapitel 5: Furten und Fähren	236
1. Sonderstellung von Furten und Fähren	236
2. Furten	236
3. Fähren	237

**Kapitel 6 Die öffentliche Straße als öffentliche Sache –
öffentliche Sachherrschaft und private Sachherrschaft
(Herber)**

I.	Die öffentliche Straße als öffentliche Sache	243
1.	Herkömmliche Zuordnung zum Recht der öffentlichen Sachen	243
2.	Die Straße als öffentliche Anstalt im eigentlichen Sinne?	243
3.	Die Straße als Mehrzweckinstitut – Anstalt <i>sui generis</i> ?	244
II.	Die Strukturen der öffentlich-rechtlichen Sachherrschaft	246
1.	Die Einbindung in Planungsprozesse des Staates und der Kommunen	246
2.	Die körperlich-gegenständliche Herstellung der öffentlichen Sache und ihre Einordnung in das Straßenrecht	246
3.	Straßenbaulast	247
4.	Eigentum des Straßenbaulastträgers	247
5.	Nutzungen der öffentlich-rechtlichen Sache	247
6.	Öffentliches Nachbarrecht	247
7.	Verwaltungsträger	247
8.	Rechtsschutz	248
III.	Die private Sachherrschaft und das modifizierte Privat-eigentum	248
1.	Der Dualismus zwischen öffentlichem Recht und privatem Recht	248
2.	Öffentliches Eigentum als Alternative	248
3.	Die Straße als Sache des bürgerlichen Rechts	249
4.	Beschränkungen für den Eigentümer des Straßengrund-stücks durch die öffentliche Zweckbestimmung der Straße	251
IV.	Der Eigentumserwerb für die öffentliche Zweck-bestimmung	252
1.	Erwerb des Eigentums am Straßengrundstück durch den Straßenbaulastträger	252
2.	Der Eigentumsübergang nach Art. 90 Abs. 1 GG	253
3.	Gesetzlicher Eigentumsübergang und Übertragungs-anspruch	256
4.	Das Eigentum an Verkehrswegekreuzungen	258
5.	Enteignung von Straßengrundstücken	260
V.	Würdigung der Kritik	260
1.	Kritik in der Rechtslehre am Dualismus	260
2.	Die Lehre von der Publifizierung und ihr defizitäres Lösungsangebot	261
3.	Verhinderung von Missbräuchen als permanente Aufgabe der Straßenbauverwaltungen	263
4.	Straßen und öffentliche Leistungsverwaltung	264
Kapitel 7 Die Bestandteile der Straße (Herber)		
I.	Bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Sach-begriff	267

I.	Abgrenzung zum bürgerlich-rechtlichen Sachbegriff	267
2.	Katalog der Straßenbestandteile in den Straßen- und Wegegesetzen	267
3.	Inkongruenz zwischen bürgerlich-rechtlichem und öffentlich-rechtlichem Sachbegriff	268
II.	Der Straßenkörper	269
1.	Überblick	269
2.	Straßengrund	271
3.	Bankette	271
4.	Böschungen	272
5.	Entwässerungseinrichtungen	272
III.	Kunstbauten	275
1.	Brücken	275
2.	Tunnel	277
3.	Stützmauern	277
4.	Treppen	279
IV.	Verkehrsanlagen	280
1.	Fahrbahnen	280
2.	Trennende und begrenzende Verkehrsanlagen	281
3.	Rad- und Gehwege	282
4.	Parkplätze	283
5.	Stellplätze der öffentlichen Verkehrsmittel	285
V.	Der Luftraum über dem Straßenkörper	285
VI.	Das Zubehör	286
1.	Begriff	286
2.	Die amtlichen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nach der Straßenverkehrsordnung	287
3.	Andere Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen	288
4.	Ausstattung im öffentlichen Interesse	288
5.	Bepflanzung	290
6.	Rechte und Lasten	290
VII.	Nebenanlagen	290
VIII.	Nebenbetriebe	292
IX.	Abgrenzung bei Berührung und Überschneidung mit anderen Anlagen	293
1.	Arkaden und Kolonaden	293
2.	Torbogen, Tortürme und Stadtmauern	294
3.	Kreuzungsanlagen	294
4.	Vernetzte Bauteile zwischen Verkehrswegen respektive zwischen Verkehrs wegen und sonstiger öffentlichen Sachen	294
5.	Die aufgrund einer Sondernutzung mit dem Straßenkörper fest verbundenen baulichen Anlagen (Zufahrten, Treppen, Schächte u. a.)	295
6.	Die aufgrund einer bürgerlich-rechtlichen Gestaltung mit dem Straßengrundstück verbundenen baulichen Anlagen (Werbetafeln, Leitungen)	296

7. Beleuchtung	296
8. Autobahnkirchen	296

Kapitel 8 Widmung (Herber)

I. Wesen, Inhalt und Wirkung der Widmung	298
1. Wesen der Widmung	298
2. Inhalt der Widmung	301
3. Wirkungen der Widmung	303
II. Die materiellen Voraussetzungen für die Widmung	304
1. Mitwirkung des Eigentümers und sonstiger Berechtigter	304
2. Mitwirkung und Einbindung des Straßenbaulastträgers	308
3. Mitwirkungsdefizite und Nichtigkeit der Widmung	309
III. Widmungsarten	309
1. Widmung als Allgemeinverfügung	309
2. Widmung durch Gesetz	312
3. Einvernehmliche Widmung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag	314
4. Widmung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens	314
5. Fiktion der Widmung	316
6. Widmung in sog. Bagatellfällen	319
7. Widmung und unvordenkliche Verjährung	322
8. Widmung durch Eintragung in das Straßenverzeichnis	324
IV. Rechtschutz	325
1. Überblick zu den Klagearten	325
2. Vorverfahren	325
3. Anfechtungsklage	326
4. Verpflichtungsklage	329
5. Feststellungsklage	332

Kapitel 9 Einteilung und Einstufung der öffentlichen Straßen (Herber)

I. Einteilungssystematik und Einstufungsmerkmale	334
1. Prinzip der lückenlosen Klassifizierung	334
2. Einteilung in Klassen	334
3. Einstufungsakt	335
4. Einstufungskriterien	339
II. Straßen des überörtlichen Verkehrs	348
1. Überörtliche Verkehrsfunktion	348
2. Bundesfernstraßen	348
3. Landesstraßen	353
4. Kreisstraßen	355
5. Überörtliche Straßen in der geschlossenen Ortslage	358
III. Straßen des örtlichen Verkehrs	359
1. Örtliche Verkehrsfunktion	359
2. Klassifizierungssystematik	360
3. Gemeindestraßen	361

4. Öffentliche Straßen und Wege in gemeindefreien Gebieten	367
5. Sonstige öffentliche Straßen	367
IV. Einteilungen außerhalb des Straßenrechts	370
1. Straßenverkehrsrecht	371
2. Baugesetzbuch	372
3. Ausbauprogramme	373
4. Finanzierungszwecke	373
 Kapitel 10 Umstufung (Herber)	
I. Wesen, Wirkungen und Voraussetzungen der Umstufung	376
1. Das Wesen der Umstufung	376
2. Wirkungen der Umstufung	381
3. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Umstufung und ihre Fallgruppen	383
II. Umstufungsarten	390
1. Umstufung durch Allgemeinverfügung	390
2. Umstufung durch Gesetz	391
3. Aufsichtsrechtliche Umstufung	391
4. Einvernehmliche Umstufung	392
5. Umstufung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens	392
6. Umstufung in Bagatellfällen	393
7. Umstufung durch Festsetzung einer zusätzlichen Ortsdurchfahrt	393
III. Rechtsschutz	394
1. Überblick zum Rechtsschutz	394
2. Abgebender Baulastträger	394
3. Neuer Baulastträger	395
4. Eigentümer der Verkehrsfläche	396
5. Anlieger	396
6. Verkehrsteilnehmer	398
IV. Die Umstufung und ihre verfassungsrechtliche Bedeutung	399
1. Art. 90 und Art. 30 GG in ihrer Bedeutung für das Bestandsrecht der Straßen	399
2. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 3.7.2000	400
3. Auswirkungen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 3.7.2000 das Ende des Rechtsinstitutes der Abstufung für Bundesfernstraßen	401
 Kapitel 11 Einziehung (Herber)	
A. Volleinziehung	406
I. Wesen, Inhalt und Wirkung der Volleinziehung	406
1. Volleinziehung als <i>actus contrarius</i> zur Widmung	406
2. Wirkungen der Volleinziehung	407
3. Abgrenzung von Volleinziehung und Teileinziehung	408
4. Räumliche Ausdehnung der Volleinziehung	409

5. Faktische Nutzungsaufgabe und Zerstörung der Straßenanlage führen nicht zur Volleinziehung	409
II. Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen der Volleinziehung	409
1. Systematik	409
2. Wegfall des Verkehrsbedürfnisses	410
3. Überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls u.ä.	412
III. Arten der Einziehung	417
1. Volleinziehung als Allgemeinverfügung	417
2. Volleinziehung durch Gesetz	418
3. Volleinziehung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag	418
4. Aufsichtliche Volleinziehung	418
5. Volleinziehung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens	419
6. Volleinziehung auf der Grundlage eines Bebauungsplanes	419
7. Fiktion der Volleinziehung	420
IV. Rechtsschutz	420
1. Rechtscharakter der Entscheidung	420
2. Klageverfahren	422
3. Vorverfahren	422
4. Anfechtungsklage	422
5. Verpflichtungsklage	426
6. Feststellungsklage	427
B. Teileinziehung	427
V. Wesen, Inhalt und Wirkung der Teileinziehung	427
1. Volleinziehung und Teileinziehung	427
2. Wirkungen der Teileinziehung	428
3. Abgrenzung zu strassenverkehrsrechtlichen Maßnahmen nach § 45 StVO	430
VI. Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Teileinziehung	435
1. Systematik	435
2. Abwägungsprozess	435
3. Einstufung als Grenze	435
VII. Arten der Teileinziehung	436
1. Teileinziehung als Allgemeinverfügung	436
2. Teileinziehung auf der Grundlage eines Bebauungsplanes	436
3. Sonstige Arten	437
VIII. Rechtsschutz	437
1. Rechtscharakter der Teileinziehung	437
2. Vorverfahren	438
3. Anfechtungsklage	438
4. Verpflichtungsklage	440
5. Feststellungsklage	440

Kapitel 12 Straßenverzeichnisse, Straßenstatistik, Straßennamen und Straßennummern (Herber)

I.	Straßenverzeichnisse	442
1.	Rechtsgeschichtliche Entwicklung	442
2.	Rechtscharakter	443
3.	Rechtsschutz	446
II.	Straßenkataster	451
1.	Straßenkataster als Sammelbegriff für verwaltungsinterne Aufzeichnungen zum Straßenbestand	451
2.	Straßenkataster als Beweismittel in Streitfällen	452
3.	Überblick über wichtige Straßenkataster	452
4.	Rechtsschutz betreffend die gewerbliche Nutzung von digitalen Abbildungen zum Straßenverlauf	453
III.	Straßenstatistik	454
1.	Bestandsaufnahme der Straßen des überörtlichen Verkehrs	454
2.	Bestandsaufnahme der örtlichen Straßen	455
3.	Straßenverkehrserhebungen	455
4.	Bundesstatistiken zum Straßenbauwesen, die nach Maßgabe von gesetzlichen Vorgaben aus dem Statistikrecht zu führen sind	455
5.	Straßenbaubericht nach Fernstraßenbaugesetz	456
6.	Zu privaten Statistiken von öffentlichem Interesse	457
7.	Verkehrsprognosen	458
IV.	Kennzeichnung von überörtlichen Straßen	459
1.	Straßennummerierung	459
2.	Straßenbenennung	459
3.	Straßenbenennung und Straßennummerierung als Verwaltungsinterna	460
4.	Subjektive Rechte von Kommunen im Zusammenhang mit der Nummerierung und Benennung von überörtlichen Straßen	460
V.	Straßennamen und Hausnummerierung im gemeindlichen Bereich	461
1.	Vergabe von Straßennamen im gemeindlichen Bereich	461
2.	Nummerierung der Grundstücke	465
Dritter Teil		
Straßenbaulast und Straßenaufsicht		
Schrifttum	469	

Kapitel 13 Straßenbaulast (Tegtbauer)

I.	Das Wesen der Straßenbaulast	475
1.	Die Bedeutung der Straßenbaulast	475
2.	Die Rechtsentwicklung	475
3.	Die Straßenbaulast nach geltendem Recht	477
II.	Inhalt und Schranken der Straßenbaulast	480

1. Inhalt	480
2. Schranken	484
III. Abgrenzung der Straßenbaulast von anderen Aufgaben	490
1. Inhaltliche Abgrenzung	491
2. Räumliche Abgrenzung	494
 Kapitel 14 Die gesetzlichen Träger der Straßenbaulast	
<i>(Tegtbauer)</i>	
I. Begriff	497
II. Träger der Straßenbaulast für Straßen des überörtlichen Verkehrs	498
1. Freie Strecken	498
2. Ortsumgehungen	500
3. Ortsdurchfahrten	503
III. Träger der Straßenbaulast für Straßen des örtlichen Verkehrs	512
IV. Wechsel des Trägers der Straßenbaulast	513
 Kapitel 15 Straßenbaulast Dritter (<i>Tegtbauer</i>)	
1. Bedeutung und Rechtsgrundlagen	520
2. Verhältnis zur ordentlichen Straßenbaulast	525
3. Umfang der Sonderbaulisten	526
4. Dauer der Sonderbaulisten; Aufhebung, Ablösung	528
 Kapitel 16 Lastenausgleich zwischen Baulastträgern;	
<i>Ausgleichsansprüche gegen Dritte</i> (<i>Tegtbauer</i>)	
I. Allgemeines	531
II. Lastenausgleich zwischen mehreren Trägern der Straßenbaulast	532
1. Erstattungsansprüche	532
2. Interessenbeiträge	535
3. Rechtsnatur und Umfang der Ansprüche; Vor- und Nachteilsausgleich	535
III. Erschwerung der Straßenbaulast	537
1. durch besondere Art der Benutzung	537
2. durch Eingriffe Dritter	540
3. durch Bergbau	540
IV. Straßenbauleistungen im Interesse Dritter	543
1. Allgemeines	543
2. Straßenbaumaßnahmen für Verteidigungszwecke	545
 Kapitel 17 Die Mittel zur Erfüllung der Straßenbaulast	
<i>(Tegtbauer)</i>	
Vorbemerkung	550
A. Öffentliche Straßenbaufinanzierung	551
I. Allgemeine Finanzausstattung der öffentlichen Aufgabenträger	551
II. Besondere Deckungsmittel	552

1. Allgemeines	552
2. Einzelne Deckungsmittel	554
III. Finanzierungsgesetze	570
IV. Straßenbauhaushalt	570
B. Privatfinanzierung und Privatisierung	571
1. Verkehrs- und finanzpolitische Ausgangslage	571
2. DEGES, Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Baugesellschaft mbH	573
3. Weitere Formen der Kooperation und Privatisierung	575
4. Perspektiven	581
Kapitel 18 Straßenaufsicht (Rinke)	
1. Begriff	583
2. Adressaten der Straßenaufsicht	583
3. Gegenstand der Straßenaufsicht	585
4. Art und Maß der Straßenaufsicht	587
5. Mittel der Straßenaufsicht; Verfahren	590
Vierter Teil	
Verkehrswegekreuzungen und ähnliche Gemeinschaftsverhältnisse	
Schrifttum	593
Kapitel 19 Zur Rechtssituation der Verkehrswegekreuzungen (Stahlhut)	
I. Begriffe und Problematik	594
1. Begriff der „Kreuzung“	594
2. Rechtsverhältnisse	596
II. Gemeinsame kreuzungsrechtliche Bestimmungen	598
1. Gegenstände der kreuzungsrechtlichen Regelungen	598
2. Beteiligte	598
3. Gemeinschaftsverhältnis	600
4. Vereinbarungsgrundsatz	601
5. Duldung	601
6. Materielle Bauvorschriften	603
7. Aufsicht	603
8. Kostenlast	604
9. Einseitiges und mehrseitiges Verlangen	604
10. Kostenteilungsprinzipien	607
11. Kostenmasse	610
11a. Verwaltungskosten	612
11b. Vorteilsausgleich, Erschwernisse	613
12. Durchführung der Kreuzungsbaumaßnahmen	613
13. Verteilung der Unterhaltungslast und der Unter- haltungskosten	614
14. Wiederherstellungspflicht	615
15. Eigentum; sachenrechtliche Zugehörigkeit der Kreuzungsanlage	615

Kapitel 20 Straßenkreuzungen und -einmündungen (Stahlhut)

I.	Allgemeines	617
1.	Begriffe	617
2.	Rechtsgrundlagen	619
3.	Planfeststellung, Plangenehmigung	620
4.	Materielle Bauvorschriften	621
II.	Bau neuer Kreuzungen und Einmündungen	621
1.	Kostentragung	621
2.	„Neue“ Kreuzung	621
3.	Kostenumfang	623
4.	Gleichzeitige Neuanlage	624
III.	Änderungen und Ergänzungen	625
1.	Begriffe	625
2.	Kostenmasse	625
3.	Kostentragung	626
4.	Zu den Kriterien der Kostenzuordnung	627
5.	Kreuzungsänderung durch Drittveranlassung	629
IV.	Unterhaltung	630
1.	Unterhaltungslast	630
2.	Unterhaltungskosten	633

Kapitel 21 Eisenbahnkreuzungen (Stahlhut)

I.	Allgemeines	636
1.	Geltungsbereich und Begriffe des Eisenbahnkreuzungsgesetzes	636
2.	Historische Entwicklung des Eisenbahnkreuzungsrechts	640
3.	Materielle Bauvorschriften	644
4.	Duldungspflicht	644
II.	Neue Kreuzungen	646
1.	Verbot neuer Bahnhübergänge kraftfahrzeugfähiger Straßen	646
2.	Herstellung einer neuen Kreuzung	648
3.	Kostentragung	648
III.	Änderungen und Verbesserungen bestehender Kreuzungen	649
1.	Erfordernis der Sicherheit oder Abwicklung des Verkehrs	649
2.	Art und Umfang der Maßnahmen nach § 3 EKrG	650
3.	Kostentragung	652
IV.	Kostenmasse	654
1.	Abgrenzung durch die 1. EKrV	654
2.	Vorteilsausgleich	657
3.	Kostenbegrenzung bei Entlastung eines Bahnhübergangs	658
V.	Die Durchführung von Kreuzungsbaumaßnahmen	658
1.	Kreuzungsvereinbarung	658
2.	Anordnung	660
3.	Kreuzungsrechtsverfahren	661
4.	Planfeststellung	662
5.	Zuschüsse	663

VI.	Sicherstellung des Vollzugs der Anordnung	664
VI.	Erhaltung und Betrieb	664
1.	Begriffe	664
2.	Verteilung der Erhaltungs- und Betriebslast	665
3.	Erhaltungs- und Betriebskosten	668
4.	Rechtsnatur der Erhaltungs- und Betriebslast	669
5.	Eigentum an der Kreuzungsanlage; sachenrechtliche Zugehörigkeit	670
6.	Wiederherstellung	671
VII.	Einziehung und Betriebseinstellung	671
1.	Voraussetzungen	671
2.	Fortdauernde Erhaltungs- und Betriebslast	671
3.	Beseitigung	671
4.	Eigentumsübertragung	672
5.	Vereinbarung, Rechtsweg	673
Kapitel 21a Magnetschwebebahnkreuzungen (Stahlhut)		
I.	Allgemeines	674
1.	Rechtsgrundlagen	674
2.	Materielles Baurecht	675
3.	Duldungspflicht	676
4.	Planfeststellung, Plangenehmigung	676
II.	Bau neuer Kreuzungen	676
III.	Änderung von Kreuzungen	677
IV.	Erhaltung	677
Kapitel 22 Kreuzungen mit Bundeswasserstraßen (Stahlhut)		
I.	Allgemeines	679
1.	Rechtsgrundlagen	679
2.	Geltungsbereich und Begriffe	681
3.	Materielles Baurecht	681
4.	Duldungspflicht	682
5.	Planfeststellung, Plangenehmigung, Vereinbarung, Anordnung	682
II.	Neue Kreuzungen	682
1.	Begriff „neu“	682
2.	Kostentragung	683
III.	Änderung bestehender Kreuzungen	683
1.	Kostentragung	683
2.	Kostenmasse	684
3.	Vorteilsausgleich	685
4.	Drittveranlassung	685
IV.	Unterhaltung	686
1.	Unterhaltungslast	686
2.	Unterhaltungskosten	687
Kapitel 23 Gewässerkreuzungen (Stahlhut)		
I.	Allgemeines	689

1. Rechtsgrundlagen	689
2. Begriffe	690
3. Vereinbarung, Planfeststellung, Plangenehmigung	691
II. Neue Kreuzungen	691
III. Änderung von Kreuzungen	692
IV. Unterhaltung	693

Kapitel 24 Gemeinschaftsstrecken (Umleitungen) (*Stahlhut*)

1. Vorbemerkung	695
2. Anordnung	696
3. Duldungspflicht	697
4. Verantwortung	698
5. Ausgleichspflicht	700
6. Anschluss von Neubaustrecken	701
7. Rechte Dritter	701

**Fünfter Teil
Der Straßengebrauch**

Schrifttum	703
----------------------	-----

Kapitel 25 Der schlichte Gemeingebräuch (*Stahlhut*)

Einführung: Die Rechtsformen des Straßengebrauchs	715
Erster Abschnitt: Grundlagen	716
I. Allgemeines	716
1. Bedeutung und Entwicklung	716
2. Der Gemeingebräuch in der verfassungsrechtlichen Grundordnung	717
3. Die Legaldefinition	718
4. Inhaltsschranken und Beschränkungen der Ausübung	719
II. Inhalt und Schranken des Gemeingebräuchs	720
1. Freier Gebrauch für jedermann	720
2. Gebrauch im Rahmen der Widmung	721
3. Gebrauch zum Verkehr	723
4. Erhebung von Gebühren	733
III. Beschränkung der Ausübung	734
1. Schutzzug und Rechtsgrundlage	734
2. Verkehrsvorschriften	734
3. Mitgebrauch Dritter (Gemeinverträglichkeit)	735
4. Vorrang des fließenden Verkehrs	736
5. Schutz und Erhaltung der Straße	736
6. Sondernutzungen	738
7. Sonstige Schutzzüge	739
IV. Nebenverpflichtungen	741
1. Die (wegerechtliche) Reinigungspflicht der Straßenbenutzer	742
2. Die Schließungspflicht bei Gattern	743
V. Rechtscharakter, Rechtsschutz	744

Zweiter Abschnitt: Einzelne Gebrauchsarten	747
I. Verkehr auf Flächen mit besonderer Zweckbestimmung	747
1. Ruhender Verkehr	747
2. Beruhigter Verkehr	753
3. Öffentlicher Personennahverkehr	760
II. Gewerblicher Verkehr	761
1. Gewerbliche Personenbeförderung auf der Straße	761
2. Güterkraftverkehr	764
3. Großraum- und Schwerstverkehr	764
4. Gewerbliche Unfallhilfsdienste	765
III. Militärischer und Sonderrechtsverkehr	766
1. Militärischer Straßenverkehr	766
2. Sonderrechte im Straßenverkehr	767
IV. Straßenhandel und Straßenwerbung	773
1. Straßenhandel	773
2. Wirtschaftswerbung	776
3. Politische Werbung	779
V. Veranstaltungen	780
1. Versammlungen, Aufzüge, sonstige Veranstaltungen	780
2. Motorsportliche Veranstaltungen	781
3. Fahren im Verband	782

Kapitel 26 Der „gesteigerte Gemeingebräuch“ der Anlieger*(Stahlhut)*

Erster Abschnitt: Grundlagen	783
I. Das Anliegerverhältnis	783
1. Begriff des Anliegers	783
2. Die Interessenlage	784
II. Der Straßengebrauch der Anlieger in der Gesetzgebung	786
1. Die Rechtsentwicklung	786
2. Der Straßengebrauch der Anlieger in der Gesetzgebung	790
3. Der Straßengebrauch der Anlieger in der Rechtsprechung; grundrechtlicher Schutz	791
4. Inhalt und Schranken des Straßengebrauchs der Anlieger	795
Zweiter Abschnitt: Einzelne Gebrauchsarten	798
I. Zufahrt und Zugang	798
1. Zufahrt und Zugang als Gemeingebräuch der Anlieger	798
2. Die Aufsicht über Zufahrten und Zugänge	801
3. Beeinträchtigung der Zuwegung durch Veränderung oder Einziehung der Straße	803
4. Beeinträchtigung der Zuwegung durch Straßenbauarbeiten	806
5. Rechtsweg für Entschädigungsanspruch	811
II. Zutritt von Licht und Luft	812
1. Rechtsgrundlage	812
2. Die Voraussetzungen eines Entschädigungsanspruchs	813
3. Entschädigung und Rechtsweg	815

III.	Die Verkehrslage	815
1.	Allgemeines	815
2.	Beeinträchtigung der Verkehrslage durch verkehrsbehördliche oder straßenbauliche Maßnahmen	816
3.	Beeinträchtigung der Verkehrslage durch Einziehung	819
4.	Beeinträchtigung der Verkehrslage durch andere Anlieger oder Verkehrsteilnehmer	820
IV.	Die Mitbenutzung des Straßengrundstücks für Zwecke des Anliegers	823
1.	Allgemeines	823
2.	Inhalt und Umfang	826
Kapitel 27 Der Sondergebrauch nach Straßenrecht (<i>Stahlhut</i>)		
Erster Abschnitt: Grundlagen		829
I.	Allgemeines	829
1.	Begriffe	829
2.	Die Rechtsentwicklung; der Sondergebrauch im Verhältnis zu Widmung und Straßeneigentum	831
II.	Die Sondernutzung öffentlichen Rechts	833
1.	Abgrenzung zum Sondergebrauch nach bürgerlichem Recht	833
2.	Die Sondernutzungserlaubnis	834
3.	Zuständigkeiten, Verfahren, Aufsicht	840
4.	Sondernutzungen ohne straßenbaubehördliche Erlaubnis	841
Zweiter Abschnitt: Einzelne Sondergebrauchsarten	845	
Vorbemerkung	845	
I.	Zufahrten und Zugänge	845
II.	Der straßenverkehrsrechtlich erfaßte Sondergebrauch	846
III.	Der grundrechtlich gewährleistete Sondergebrauch	850
1.	Versammlungen	851
2.	Politische Werbung	852
IV.	Kreuzungen mit anderen Verkehrswegen und Leitungen	855
Kapitel 28 Der Straßensordergebrauch auf außerwegerechtlicher Grundlage (<i>Stahlhut</i>)		
Vorbemerkung	858	
Erster Abschnitt: Straßensordergebrauch auf bürgerlich-rechtlicher Grundlage	858	
I.	Die Rechtseinräumung nach bürgerlichem Recht	858
1.	Benutzungs- und Rechtsformen	858
2.	Zulassungsanspruch?	860
II.	Nutzung der Straßenbepflanzung	863
III.	Hinweisschilder	863
Zweiter Abschnitt: Leitungen	864	
I.	Leitungen als Gegenstand von Sondergebrauchsrechten	864
II.	Gestattungsverträge	869
1.	Begriff, Interessenlage, Problematik	869

2. Folgepflicht und Folgekosten	870
3. Entgelte	881
4. Leitungsrechte durch Enteignung?	882
5. Der Bundesmustervertrag	884
6. Der Rahmenvertrag	886
7. Der Gegenvertrag	888
8. Altverträge und sonstige Mitbenutzungsregelungen	889
9. Wechsel des Straßenbaulastträgers	892
10. Konzessionsverträge beim Baulastwechsel	895
III. Hinzukommen der Straße	898
IV. Versorgungsleitungen und Straßen in den neuen Bundesländern	903
V. Einzelfragen	905
1. Abrechnung	905
2. Anbaurecht	905
3. Erschwerniskosten	907
4. Ingenieurleistungen und Verwaltungstätigkeiten	908
5. Kostenzusagen in der Planfeststellung	909
6. Längsverlegungen	909
7. Sorgfaltspflichten	910
8. Technische Regelungen	910
9. Vorfinanzierung	911
10. Vorteilsausgleich	911
Dritter Abschnitt: Telekommunikationslinien	912
I. Früheres Recht	912
II. Telekommunikationsgesetz	913
1. Gesetzeszweck, wegerechtliche Vorschriften	913
2. Das gesetzliche Wegebenutzungsrecht	913
3. Übertragung des Wegerechtes auf Betreiber	915
4. Zustimmung des Wegebaulastträgers	916
5. Pflichten bei der Ausübung des Wegebenutzungsrechts	919
6. Folgepflicht und Folgekosten	920
7. Schutz und Vorrechte besonderer Anlagen	922
Vierter Abschnitt: Schienen- und leitungsgebundene Verkehrseinrichtungen im Straßenraum	925
1. Begriffe	925
2. Genehmigung und Planfeststellung	925
3. Straßenbenutzung	926
4. Entscheidung bei fehlender Einigung	929
 Sechster Teil	
Eigentumsbeschränkungen des	
öffentlichen Straßennachbarrechts	
Schrifttum	931
Einführung	933

Kapitel 29 Anbau an Verkehrsstraßen (Aust)

Erster Abschnitt: Anbauvorschriften zum Schutz der Verkehrswege	937
A. Grundlagen	937
B. Beschränkungen zum Schutz des Verkehrs im allgemeinen	
Baurecht	938
I. Rechtsentwicklung: Bauregelungsverordnung und Anbauverlass	938
II. Baugesetzbuch	939
1. Bauleitplanung	939
2. Bebauungsregelung im Baubereich	941
3. Bebauungsregelung im Außenbereich	943
III. Bauordnungsrecht	945
1. Begriff der baulichen Anlage	945
2. Anforderungen an bauliche Anlagen	946
C. Beschränkungen durch strassenrechtliche Anbauvorschriften	947
I. Schutzzgut	947
II. Anbauverbot	948
1. Sachlicher Geltungsbereich	948
2. Räumlicher Geltungsbereich	951
3. Zeitlicher Geltungsbereich	953
4. Allgemeine Ausnahmen für Baugebiete	954
5. Einzelausnahmen	955
III. Bauverbot an Kreuzungen und Einmündungen	958
IV. Anbaubeschränkungen	959
1. Sachlicher Geltungsbereich	959
2. Räumlicher Geltungsbereich	959
3. Zeitlicher Geltungsbereich	959
4. Allgemeine Ausnahmen für Baugebiete	960
5. Versagung der Zustimmung; Nebenbestimmungen	960
V. Zufahrten im Zusammenhang mit Anbauvorhaben	962
VI. Verfahren	964
1. Anbauverbot	964
2. Bauverbot an Kreuzungen und Einmündungen	965
3. Anbaubeschränkung	965
4. Voranfragen	966
VII. Bestandsschutz	968
VIII. Ausgleichsansprüche	970
Zweiter Abschnitt: Beschränkungen wegen der Auswirkungen des Verkehrs	973
Vorbemerkung	973
Beschränkungen im allgemeinen Baurecht	974
1. Baugesetzbuch	974
2. Bauordnungsrecht	976

Kapitel 30 Außenwerbung auf den Nachbargrundstücken (Aust)

I. Begriff; Beziehung zum Verkehr, Grundlagen	979
II. Baurechtliche Beschränkungen	980
1. Bauplanungsrecht	980

2. Bauordnungsrecht	981
III. Straßenverkehrsrechtliche Beschränkungen	983
IV. Straßenrechtliche Beschränkungen	984
1. Geltungsbereich	984
2. Geldausgleich	987
 Kapitel 31 Besondere Pflichten der Straßennachbarn (Aust)	
I. Duldung und Erhaltung von Schutzwaldungen	989
1. Schutzzweck, Schutzzone	989
2. Schutzwalderklärung	990
3. Inhalt der Beschränkung, Ausgleichsansprüche	991
4. Ende der Beschränkungen	992
5. Verhältnis der Schutzwaldregelung in den Straßen- gesetzen zum Bundeswaldgesetz	992
II. Duldung von Schutzeinrichtungen	993
III. Unterlassungspflichten	994
 Siebenter Teil	
Straßenplanung	
Schrifttum	997
 Kapitel 32 Einführung: Die Straßenplanung im System der öffentlichen Planungen (Leue)	
1. Zum Begriff der Planung; öffentliche und private Planungen	1007
2. Arten der öffentlichen Planung	1012
3. Planung im Spannungsverhältnis zwischen Gestaltungs- freiheit und rechtlicher Bindung; Planungsrecht	1022
4. Die Formen der Straßenplanung	1025
 Kapitel 33 Belange des Umweltschutzes bei der Planung von Straßen (Springe)	
Vorbemerkung	1028
A. Strategische Umweltprüfung in der Bundesverkehrswege- planung	1028
B. Projekt UVP	1030
I. Allgemeines	1030
II. Projekt-UVP bei Linienbestimmungsverfahren	1032
III. Projekt-UVP in der Planfeststellung	1041
C. Eingriffsregelung nach dem BNatSchG	1042
D. NATURA 2000	1052
E. Artenschutz	1060
F. Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft, Biotopschutz	1065
G. Verkehrslärm	1067
H. Luftreinigung	1086
I. Bodenschutz	1091

J. Wald	1093
K. Wasser	1094

Kapitel 34 Rahmenplanung für das überörtliche Straßennetz*(Leue)*

A. Bedarfsplanung und Ausbauprogramme	1098
B. Materielle Anforderungen	1104
I. Verfassungsrechtliche Anforderungen	1107
1. Abwägungsgebot	1107
2. Gebot der Verhältnismäßigkeit, Grundsatz der Erforderlichkeit	1108
3. Staatszielbestimmung Umweltschutz	1108
II. Straßenrechtliche Anforderungen	1109
III. Raumordnungsrechtliche Bindungen	1112
1. Grundsätze der Raumordnung	1112
2. Landesplanung	1114
3. Bundesraumordnung	1116
IV. Sonstige Anforderungen	1119
C. Formelle Anforderungen	1120
1. Zuständigkeiten	1120
2. Verfahren	1122
D. Rechtswirkungen	1126

Kapitel 35 Vorbereitende überörtliche Straßenplanung (*Leue*)

I. Bestimmung der Linienführung und Streckencharakteristik	1130
1. Zweck, Inhalt, Erforderlichkeit	1130
2. Materielle Anforderungen	1135
3. Zuständigkeiten	1138
4. Verfahren	1141
5. Rechtswirkungen; Rechtsschutz	1148
II. Festlegung von Planungsgebieten	1152
1. Zweck, Inhalt, Erforderlichkeit	1152
2. Befristung; materielle Anforderungen; Entschädigung	1155
3. Rechtsnatur der Festlegung; Verfahren	1158
4. Ausnahmen	1160

Kapitel 36 Verbindliche überörtliche Straßenplanung –**Die Planfeststellung (*Dürr*)**

A. Grundlagen	1163
I. Wesen und Bedeutung der Planfeststellung	1163
1. Die Planfeststellung im System des Planungsrechts	1163
2. Die Entwicklung der Planfeststellung	1164
3. Rechtsgrundlagen der Planfeststellung für Straßenbauvorhaben	1168
II. Gegenstand, Umfang und Zeitpunkt der Planfeststellung	1169
1. Gegenstand	1169
2. Räumlicher Umfang	1173
3. Zeitpunkt	1175

III.	Erforderlichkeit der Planfeststellung	1175
1.	Neubau und wesentliche Änderung	1175
2.	Ersetzung durch Bebauungspläne	1179
3.	Straßenänderungen als Folgemaßnahmen planfeststellungspflichtiger Fremdvorhaben	1181
4.	Zusammentreffen mehrerer planfeststellungspflichtiger Vorhaben	1182
B.	Der Planfeststellungsbeschluss	1185
I.	Inhalt	1185
1.	Katalog der Entscheidungen	1185
2.	Die Feststellung	1187
3.	Auflagen	1188
4.	Sonstige Nebenbestimmungen	1190
5.	Regelung öffentlich-rechtlicher Beziehungen	1191
6.	Keine Gestaltung privater Rechte	1193
7.	Entscheidung über Einwendungen	1193
II.	Rechtswirkungen	1196
1.	Überblick; Beginn und Ende	1196
2.	Die Zulassungs- und Konzentrationswirkung	1199
3.	Gestaltungswirkung für öffentlich-rechtliche Beziehungen	1204
4.	Ausschluss von Abwehransprüchen	1205
5.	Eigentumsbelastungen	1206
6.	Übernahmeansprüche	1212
III.	Planerische Gestaltungsfreiheit	1213
1.	Planungsermessens und Bindung	1213
2.	Feststellungsgebot	1214
3.	Bindung durch Stufen- und Abschnittsplanung (einschl. Raumordnung und UVP)	1218
4.	Planrechtfertigung	1222
5.	Bindung durch Planungsleitsätze (Planungsschranken)	1226
6.	Abwägungsgebot	1228
7.	Auflagengebot	1240
8.	Gestaltungsgebot	1250
C.	Verhältnis zu einzelnen Rechtsbereichen	1251
1.	Abfallbeseitigungsanlagen	1252
2.	Abgrabungen	1252
3.	Anbau	1252
4.	Bauleitplanung	1254
5.	Bauordnung	1257
6.	Bergbau	1258
7.	Denkmalschutz	1259
8.	Eisenbahnen	1260
9.	Eisenbahnkreuzungen	1260
10.	Energieanlagen	1260
11.	Flurbereinigung	1261
12.	Jagd	1262
13.	Landwirtschaft	1263

14. Nachbarschutz	1263
15. Natur- und Landschaftsschutz	1267
16. Raumordnung und Landesplanung	1267
17. Straßen und Wege	1269
18. Straßenverkehr (Regelung und Sicherung)	1271
19. Telekommunikationslinien	1273
20. Verkehrslärm	1273
21. Verunreinigung des Bodens und der Luft	1273
22. Wald	1274
23. Wasser	1274
24. Zufahren und Zugänge; Privatwege	1274

Kapitel 37 Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren

(Diürr)

I. Vorbereitung der Planfeststellung; Anhörungsverfahren	1281
1. Rechtsgrundlage des Planfeststellungsverfahrens; Vorbereitung der Planfeststellung	1281
2. Umweltverträglichkeitsprüfung	1285
3. Anhörung und Erörterung	1285
4. Stellungnahme der Anhörungsbehörde; Zusagen	1300
II. Beschußverfahren	1301
1. Zuständigkeiten	1301
2. Bewertung der Umwelteinwirkungen (UVP)	1302
3. Form, Begründung, Zustellung	1302
4. Anordnung der sofortigen Vollziehung	1306
5. Einstellung des Verfahrens	1309
III. Anschlußverfahren	1310
1. Vorkehrungen zum Nachbarschutz wegen unvorhersehbbarer Wirkungen	1310
2. Vorkehrungen für die Verkehrssicherheit wegen Veränderungen auf dem Nachbargrundstück	1313
3. Vorkehrungen zum Nachbarschutz wegen Veränderungen auf dem Nachbargrundstück	1314
4. Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens	1314
5. Verlängerung des Planfeststellungsbeschlusses	1315
6. Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses	1318
7. Auswirkungen einer Umstufung	1321
IV. Akzessorische Veränderungsperrre	1322
1. Inhalt und Dauer	1322
2. Anspruch auf Entschädigung oder Übernahme	1323
V. Rechtsschutz	1326
1. Linienbestimmung	1326
2. Planfeststellungsverfahren	1327
3. Planfeststellungsbeschluss	1332
4. Sonstige Entscheidungen	1346
VI. Plangenehmigung	1347

Kapitel 38 Örtliche Straßenplanung (Dürr)

I.	Bauleitplanung	1351
1.	Bauleitplanung als Mittel der örtlichen Straßenplanung	1351
2.	Aufgabe, materielle Anforderungen, Verfahren	1352
II.	Der Flächennutzungsplan	1356
1.	Städtebauliche Funktion, Inhalt und Zustandekommen	1356
2.	Verhältnis zur überörtlichen Straßenplanung	1357
III.	Der Bebauungsplan	1361
1.	Städtebauliche Funktion, Inhalt und Zustandekommen, Rechtsschutz	1361
2.	Verhältnis zur überörtlichen Straßenplanung	1366
3.	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	1368
4.	Veränderungssperre zur Sicherung des Bebauungsplans; Zurückstellung von Baugesuchen	1369
IV.	Gemeindliche Entwicklungsplanung	1371
1.	Entwicklungspläne	1371
2.	Gesamtverkehrspläne	1371

Achter Teil**Grunderwerb, Bau und Unterhaltung, Betrieb und Verkehr**

Schrifftum	1373
Einführung	1380

**Kapitel 39 Enteignung, vorzeitige Besitzeinweisung,
Vorarbeiten, Inhaltsbestimmungen (Aust)**

A.	Enteignung	1383
I.	Allgemeines	1383
II.	Die Enteignung nach dem Baugesetzbuch	1386
1.	Zulässigkeit der Enteignung (§§ 85 ff. BauGB)	1386
2.	Das Enteignungsverfahren	1386
III.	Die Enteignung nach den Landesenteignungsgesetzen in Verbbindung mit den enteignungsrechtlichen Vorschriften der Straßengesetze	1388
1.	Zulässigkeit der Enteignung	1389
2.	Die Planfeststellung, Plangenehmigung	1392
3.	Enteignungsverfahren	1392
IV.	Enteignungsentschädigung	1394
B.	Vorzeitige Besitzeinweisung	1397
I.	Allgemeines	1397
II.	Regelung nach dem Baugesetzbuch	1398
III.	Regelung nach den Straßengesetzen und den Landesent- eignungsgesetzen	1399
1.	Voraussetzungen	1399
2.	Verfahren	1401
3.	Entschädigung	1402
C.	Vorarbeiten	1402
D.	Inhaltsbestimmungen	1404

Kapitel 40 Flurbereinigung, Umlegung (Aust)

A. Flurbereinigung	1406
I. Rechtsgrundlagen	1406
II. Das allgemeine Flurbereinigungsverfahren	1406
1. Grundlagen der Flurbereinigung	1406
2. Die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes	1407
3. Flurbereinigungsplan, Ausführung	1409
4. Kosten	1410
III. Unternehmensflurbereinigungsverfahren	1410
1. Voraussetzungen	1411
2. Sonderbestimmungen	1414
B. Umlegung	1415

Kapitel 41 Bau, Unterhaltung, Verkehr (Bauer)

I. Anforderungen der Sicherheit und Ordnung	1419
1. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1419
2. Formelle baurechtliche Anforderungen	1423
3. Materielle baurechtliche Anforderungen	1428
4. Auftragswesen	1430
5. Abwicklung der Bauten	1434
6. Verkehrssicherungspflicht, Haftung	1439
7. Strafrechtliche Verantwortung	1440
II. Anforderungen des Nachbarschutzes	1442
1. Nachbarschutz und öffentliche Zweckbestimmung der Straße	1442
2. Immissionen	1445
3. Sonstige nachbarliche Störungen	1461
III. Sonderrechte der Straßenbaufahrzeuge	1462
1. Allgemeines	1462
2. Weiter Anwendungsbereich von § 35 Abs. 6 StVO	1462
3. Ausnahmegenehmigung für Autobahnbetretung	1463
IV. Bodenfunde	1463
1. Schatzfund	1463
2. Mineralien und Fossilien	1464
3. Bodendenkmäler	1464
V. Schutz der öffentlichen Straßen	1466
1. Allgemeines	1466
2. Schutzvorschriften	1466
VI. Schadensausgleich bei Straßenschäden	1468

Kapitel 42 Straßenverkehrssicherungspflicht und Staatshaftung*(Herber)*

I. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Straßenverkehrssicherungspflicht	1475
1. Die Verkehrssicherungspflicht als Schöpfung der Rechtsprechung	1475
2. Privatrechtliche Straßenverkehrssicherungspflicht	1476
3. Öffentlich-rechtliche Straßenverkehrssicherungspflicht	1476

II.	Straßenverkehrssicherungspflicht und Straßenbaulast	1480
1.	Abgrenzung	1480
2.	Verkehrssicherungsanspruch	1482
III.	Träger der Straßenverkehrssicherungspflicht	1483
1.	Grundsätze	1483
2.	Bezugnahme auf die Klassifizierung	1485
3.	Wechsel des Straßenbaulastträgers	1487
4.	Mehrere Straßenverkehrssicherungspflichtige	1488
IV.	Typisierende Merkmale der Straßenverkehrssicherungspflicht	1493
1.	Grundlagen	1493
2.	Gefahrenbegriff	1494
3.	Straßenverkehrssicherungspflicht und Verkehrsbedeutung von Straßen	1495
4.	Umfang der Straßenverkehrssicherungspflicht bezogen auf die Bestandteile der Straße	1497
5.	Zumutbarkeit der Gefahrabwendung	1498
6.	Art der Erfüllung der Straßenverkehrssicherungspflicht .	1500
V.	Haftung bei Verletzung der Straßenverkehrssicherungspflicht	1502
1.	Dualismus des Haftungsrechts	1502
2.	Privatrechtliche Straßenverkehrssicherungspflicht	1502
3.	Öffentlich-rechtliche Straßenverkehrssicherungspflicht	1503
VI.	Fallgruppen zur Verletzung der Straßenverkehrssicherungspflicht	1509
1.	Bankette	1509
2.	Baustellenbereiche	1511
3.	Kanaldeckel	1515
4.	Sog. Kölner Teller	1516
5.	Inlineskating	1517
6.	Leitplanken	1517
7.	Mäharbeiten	1518
8.	Parkbucht und sog. Inselköpfe	1521
9.	Polleranlagen	1521
10.	Randsteine	1523
11.	Schlaglöcher	1523
12.	Seitenstreifen	1527
13.	Sperrflächen	1527
14.	Spurrollen	1528
15.	Steinschlaggefahr	1528
16.	Straßenbäume	1528
17.	Straßenunebenheiten	1535
18.	Tiefer liegende Fahrzeuge	1537
19.	Warnung durch Verkehrszeichen	1538
20.	Wildschutzzäune	1542
VII.	Straßenverkehrssicherungspflicht, Winterdienst und Straßenreinigung	1542

1. Entwicklung der Rechtsprechung zu den Haftungsgrundlagen	1542
2. Grundsätze zum Winterdienst	1543
3. Winterdienst innerhalb geschlossener Ortschaften	1545
4. Winterdienst außerhalb geschlossener Ortschaften	1551
5. Streumittel	1552
6. Haftungsausschluss	1554
7. Fahrzeuge der Straßenreinigung und Straßenräumung	1554
8. Beweisfragen	1555
VIII. Straßenverkehrssicherungspflicht und Verkehrsregelungspflicht	1556
1. Grundsätzliches	1556
2. Amtspflichten der Straßenverkehrsbehörde	1556
3. Amtspflichten des Straßenbaulastträgers	1556
4. Gemeinsame Haftung von Straßenbaulastträgern und Straßenverkehrsbehörden	1558
IX. Fallkonstellationen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrssicherungspflicht	1563
1. Überschwemmungen, die von Straßenbauverwaltungen zu verantworten sind	1563
2. Vertiefungen, die von Straßenbauverwaltungen zu verantworten sind	1569
3. Verschmutzungen, die von Straßenbauverwaltungen zu verantworten sind	1570
4. Sprengarbeiten, die von Straßenbauverwaltungen zu verantworten sind	1571
X. Besonderheiten im Rechtsstreit über die Straßenverkehrssicherungspflicht	1572
1. Abwägungsvorgang	1572
2. Abwägungsregeln	1573
3. Verschulden des Geschädigten	1574
4. Typische Fallgruppen des verkehrswidrigen Verhaltens von Verkehrsteilnehmern, die von Verletzungen der Straßenverkehrssicherungspflicht betroffen sind	1574
5. Beweislast	1576
6. Haftungsumfang	1578
XI. Annex zu Kapitel 40: Schadensausgleich bei Straßenschäden	1578
1. Abnutzung der Straße durch bestimmungsmäßigen Gebrauch	1578
2. Ausgleichsansprüche für Straßenschäden durch bestimmungswidrigen Gebrauch	1578

Kapitel 43 Straßenreinigung und -beleuchtung; sonstige Betriebs- und Hilfsdienste (Bauer)

I. Die Straßenreinigung	1581
1. Allgemeines	1581
2. Verkehrsmäßige Reinigung	1583

3. Ordnungsmäßige Reinigung	1584
4. Inhalt und Umfang der ordnungsmäßigen Reinigung	1586
5. Reinigungslasten der Anlieger	1589
6. Umweltschutz	1595
7. Abfall	1597
8. Haftung	1603
II. Die „freiwillige“ Winterwartung der Straßenbauverwaltungen	1604
III. Die Straßenbeleuchtung	1605
1. In der geschlossenen Ortslage	1605
2. Auf freier Strecke	1610
IV. Sonstige Betriebsdienste, Hilfsdienste und Einrichtungen	1610
1. Nebenbetriebe der Bundesautobahnen	1610
2. Autohöfe	1615
3. Güterverkehrszentren	1615
4. Telekommunikationsanlagen der Straßenbauverwaltung	1616
5. Nachweis der Funde auf öffentlichen Straßen	1619
6. Rettungsdienste	1620
7. Straßenhilfsdienste	1622
8. Autobahnkirchen	1623
9. Einrichtungen zur Mauterhebung	1623
Kapitel 44 Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (Bauer)	
I. Begriff und Status	1625
II. Anordnung	1630
1. Rechtsgrundlagen	1630
2. Anordnung durch Straßenverkehrsbehörden	1630
3. Anordnung durch Straßenbaubehörden	1635
4. Anordnung durch Bahnunternehmen	1637
5. Keine Anordnung durch Bauunternehmer	1638
III. Vollzug und Kostentragung	1639
1. Rechtsgrundlagen	1639
2. Vollzugs- und Kostenträger	1639
3. Technische Durchführung; Duldungspflichten	1642
4. Durchsetzung des Vollzuges	1644
IV. Rechtsschutz	1645
1. Rechtsschutz der Verkehrsteilnehmer	1645
2. Rechtsschutz der Kostenträger	1649
3. Rechtsschutz der Gemeinden	1652
V. Haftung	1652
Anhang	
I. Bundesfernstraßengesetz	1653
II. Verzeichnis der Straßen- und Wegegesetze der Länder	1679
III. Vergleichende Übersicht über die Straßen- und Wegegesetze der Länder	1681

IV. Verzeichnis der veröffentlichten, gültigen Rundschreiben der Abteilung Straßenbau des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	1693
Sachverzeichnis	1697